

er sich für Politik zu interessieren, wurde deutscher Demokrat und verfaßte als solcher mit Friedjung und Steinwender zusammen das »Linger Programm«. In den siebziger Jahren wandte er sich dem Sozialismus zu und wurde Schüler von Karl Marx. Da ihm die österreichischen Verhältnisse nicht die gewünschte Wirkungssphäre boten, wollte er 1888 Gewerbeinspektor werden, fand aber keine Anstellung. In den anarchistisch-sozialistischen Kämpfen jener Tage stand er auf dem rechten Flügel, wirkte aber für Verständigung der verschiedenen Gruppen. Die Einigung von Hainfeld war in erster Reihe sein Werk, ebenso die Gründung der »Gleichheit« und der »Arbeiterzeitung«. Als 1894 in Österreich eine Kurie des allgemeinen Wahlrechts eingeführt wurde, kandidierte Adler in Wien, unterlag aber; erst im nächsten Jahre gelang es, ihn in das österreichische Parlament zu bringen, dem er seitdem ständig als Führer seiner Partei angehört hat.

Viktor Adler ist in den Seelen gestorben, als Staatssekretär des Außern der neuen Regierung Deutschösterreich, einen Tag vor der Sitzung des Staatsrats, in dem die Konstituierung der deutschösterreichischen Republik und die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich verkündet werden sollte — ein Jugendtraum Adlers, den er auch in späteren Jahren nie aufgegeben hat. Er wird der Arbeiterchaft überall fehlen in den Tagen eines neuen Aufbaues und eines neuen, festeren internationalen Zusammenschlusses.

Die Diktatur des Proletariats.

Von Heinrich Cunow.

Die Revolution hat gesiegt. Wie ein Sturmwind griff sie von einem deutschen Bau auf den anderen über und setzte die alten Regierungen hinweg. Das von Millionen erstrebte Ziel, die deutsche sozialistische Republik, ist erreicht und alle Aussicht vorhanden, daß ihr Bereich bald auch Deutschösterreich umfassen wird. Jetzt gilt es, das Errungene zu sichern und zu befestigen, ihm eine breite Rechtsgrundlage zu geben und es damit im Rechtsbewußtsein des Volkes zu verankern. Der Weg dazu ist die Einberufung einer aus allgemeinen, gleichen, freien Wahlen hervorgegangenen Nationalversammlung, die dem Bau der großdeutschen Republik eine demokratische Verfassung gibt. Es ist daher mit Genugtuung zu begrüßen, daß die Bedenken, die sich nach dem Revolutionsieg bei einem Teil der Unabhängigen gegen die baldige Einberufung einer Konstituante erhoben, beseitigt erscheinen und das vor einigen Tagen veröffentlichte vorläufige Programm der neuen Reichsregierung die Wahl einer allgemeinen konstituierenden Versammlung ankündigt.

Marx spöttelt in seinem »Achtzehnten Brumaire« darüber, daß meist, wenn die Revolutionäre damit beschäftigt sind, die Dinge umzuwälzen und noch nie Dagewesenes zu schaffen, sie die Geister früherer revolutionärer Epochen heraufbeschwören und diesen ihre Namen, Schlachtparolen, Kostüme entlehnen, um in dieser Verkleidung mit erborgter Sprache eine neue Weltgeschichtsszene aufzuführen. Es ist nur eine neue Bestätigung dieser geschichtlichen Tatsache, wenn auch die jetzige deutsche Revolution vierterorts ihre Sprache, Argumentation und Organisationsform der russischen Revolution des vorigen Jahres entlehnt und sich gewissermaßen

russisch kostümiert. Aber die ganzen gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklungsbedingungen der deutschen und der russischen Republik, ihr geschichtlich gegebener Wirtschafts- und Kulturstand, ihre soziale Gliederung und Schichtung sind so verschiedenartig, daß diese Kostümierung nur eine Äußerlichkeit sein kann und darf. Die politische Gesamtorganisation der russischen Republik, ihre föderativ-staatliche und kommunale Sowjetverfassung mit der Diktatur einer einzelnen sozialistischen Parteigruppe unter völliger Ausschaltung aller übrigen Volkselemente kann die deutsche Revolution nicht übernehmen. Und noch weniger kann sie sich ohne weiteres die theoretischen Argumente aneignen, die von den bolschewistischen Wortführern zur Motivierung ihrer Parteidiktatur und ihrer terroristischen Praxis vorgebracht werden.¹ Mag man immerhin zugeben, daß das heutige russische bolschewistische Regiment, wenn es auch vom demokratisch-proletarischen Gesichtspunkt aus keineswegs berechtigt ist, in der russischen Gesellschaftsformation, der Parteizerklärung und dem Parteidoktrinarismus, nicht zum wenigsten auch in der Unfähigkeit des der vorjährigen Märzrevolution zunächst folgenden oktobristisch-kadettischen und des späteren Kerenskischen Regiments eine gewisse historische Begründung findet, so würde doch die Übertragung der bolschewistischen Parteidiktatur auf das Deutsche Reich nichts anderes bedeuten als den zwangsweisen Versuch der Aufspaltung einer fremden terroristischen Staatsordnung auf gesellschaftliche Entwicklungsverhältnisse, in denen diese Ordnung keinen tragfähigen Boden findet und daher von vornherein zum baldigen Zusammensturz verurteilt wäre.

Freilich, wie heute so oft alle möglichen und unmöglichen Auffassungen mit Marxschen Aussprüchen belegt werden, so berufen sich auch die Wortführer des Bolschewismus zur Begründung ihrer Parteidiktatur, die sie kurzweg der »Diktatur des Proletariats« gleichsetzen, auf die Marxsche Lehre. Die Argumente, die Lenin und seine Schüler Marxschen Schriften entnehmen, besonders der Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation über die Pariser Kommune, stimmen schon deshalb nicht, weil Marx unter der Diktatur des Proletariats nicht die Aufrichtung der Staatsherrschaft einer relativ kleinen sozialistischen Parteigruppe, sondern der Masse der zur Erkenntnis ihrer Klassenstellung gelangten Arbeiterschaft, das heißt einer Mehrheit gegenüber einer an ihrer Herrschaft festhaltenden bevorrechteten Minderheit, versteht, und weil zweitens nach seiner Ansicht selbst in dem Falle, daß das durch die Revolution zur Herrschaft gelangte Proletariat die übergroße Mehrheit der Bevölkerung bildet, doch diese Mehrheit keineswegs durch Gewalt ihre Ideale nach Belieben zu verwirklichen vermag, sondern sich darauf zu beschränken hat, die sozialen Entwick-

¹ Die Neue Zeit hat bereits zwei Artikel über die bolschewistische Auffassung der »Diktatur des Proletariats« gebracht: eine Kritik von Wilhelm Bloß, beftitelt »Der neue russische Staat«, in Heft 17 des 1. Bandes des 36. Jahrgangs und einen die »Staatsauffassung der Bolschewiki« näher erläuternden Aufsatz von N. E. Verow in Heft 1 des jetzigen Bandes. Ein vor kurzem geschriebener redaktioneller Artikel, der zur bolschewistischen Diktaturtheorie Stellung nahm, ist durch die jüngsten deutschen Ereignisse größtenteils überholt worden. Soweit dessen Inhalt heute noch Anspruch auf Beachtung haben dürfte, ist er im obigen Aufsatz mitenthalten.

lungskräfte freizusetzen, die bereits vorhanden sind, die aber durch das bisherige Staatsregiment zurückgehalten wurden. Mit anderen Worten, es lassen sich nur solche Staatsordnungen durchsetzen, für die die gesellschaftliche oder genauer die wirtschaftliche Entwicklung reif und für die sie bereits die nötigen Vorbedingungen geliefert hat; denn die Staatsordnung ist an den Entwicklungsstand der Gesellschaftsordnung, an die Gesamtheit der sich aus dem gesellschaftlichen Produktionsprozeß ergebenden Produktionsverhältnisse gebunden, und keine politische Ordnung vermag sich, da der Staat nur eine »Einrichtung der Gesellschaft«, ihr »tätiger, selbstbewußter, offizieller Ausdruck« ist, dauernd zu behaupten, die dem gegebenen Gesellschaftszustand widerspricht.

Diese Abhängigkeit der Staats- von der Gesellschaftsordnung bildet ein Hauptpostulat der Marxschen Staatsauffassung (vergl. den Aufsatz »Gesellschafts- und Staatsordnung« im letzten Band der Neuen Zeit, S. 489, 514 und 543), das schon in den frühesten Schriften von Marx hervortritt. Mehrfach spottet er darüber, der politische Aberglaube bilde sich ein, »daß das bürgerliche Leben vom Staate zusammengehalten werden müsse, während umgekehrt in der Wirklichkeit der Staat von dem bürgerlichen Leben zusammengehalten wird«. Die Diktaturtheoretik, wie sie sich die bolschewistischen Wortführer, vor allem Lenin in seiner jüngst erschienenen russischen Schrift »Staat und Revolution«, konstruiert haben, hat aber mit dieser Marxschen Auffassung nichts zu tun. Sie ist vielmehr eine Rückkehr zu dem von ihm gerügten »politischen Aberglauben«, das heißt zu der in der großen französischen Revolution immer wieder hervortretenden Meinung, durch Staatsdekrete, Rechtsdeklarationen und Verfassungsänderungen ließen sich nach Belieben gesellschaftliche Zustände ändern.

Damit soll nicht gesagt sein, daß nicht Marx durch einzelne Aussprüche einen gewissen Anlaß zu jener Meinung der bolschewistischen Theoretiker gegeben hat, vermittelt der Staatsdiktatur einer revolutionären Partei ließe sich, falls nur diese Diktatur die genügende Energie anwende, nach Belieben ein gewünschter Gesellschaftszustand herstellen. Zwar hat Marx nie seine Grundauffassung über das Verhältnis der Staatsordnung zur Gesellschaftsordnung geändert, aber diese Grundauffassung tritt doch zu verschiedenen Zeiten in verschiedener Schärfe und mit ungleicher Konsequenz hervor. In Zeiten starker revolutionärer Gärung hat Marx der proletarischen Revolution eine Rückwirkungskraft auf die Gesellschaftsverhältnisse beigemessen, die er zu anderen Zeiten leugnete. Der leidenschaftliche Revolutionär in ihm gewann in solchen Perioden ein Übergewicht über den abwägenden Soziologen — doch immer nur für kurze Zeit, sobald die revolutionäre Bewegung abflaute, kehrte Marx um so entschiedener zu seiner früheren Ansicht zurück.

Als Marx in den vierziger Jahren, von Hegel ausgehend und doch im Gegensatz zu diesem, zu der Ansicht gelangte, die soziale Entwicklung treibe der Abschaffung der Staatsgewalt zu, dachte er sich diesen Vorgang zunächst als einen langwierigen gesellschaftlichen Umwälzungsprozeß. Zunächst werde, nahm er an, die kapitalistische Gesellschaft durch die Bildung von »Assoziationen« oder Wirtschaftsgenossenschaften zersetzt werden und dadurch ihren Klassencharakter verlieren. Erst nachdem auf diese Weise der

Staat als Herrschaftsinstitution seine Grundlage in der Gesellschaft verloren habe, werde dann auf dem Wege der politischen Revolution auch die Staatsgewalt fallen und der Staat zu einer großen Verwaltungsgenossenschaft werden. Die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sogenannte assozierte Gesellschaft sollte also der politischen Revolution vorausgehen, die nur als politische Vollstreckerin der inzwischen vor sich gegangenen sozialen Evolution gedacht wurde. In diesem Sinne heißt es noch in der 1847 erschienenen *Marg-Schrift* gegen Proudhon (deutsche Übersetzung von Ed. Bernstein und R. Kaufsky, S. 182):

Die arbeitende Klasse wird im Laufe der Entwicklung an die Stelle der bürgerlichen Gesellschaft eine Assoziation setzen, welche die Klassen und ihren Gegensatz ausschließt, und es wird keine eigentliche politische Gewalt mehr geben, weil gerade die politische Gewalt der offizielle Ausdruck des Klassengesetzes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ist.

Die folgenden beiden Revolutionsjahre mit ihrem Machtkampf drängen indes in *Marg* den die Entwicklung *sub specie aeternitatis* betrachtenden Soziologen zurück; der optimistische Revolutionär gewinnt die Oberhand, und damit gelangt auch teilweise wieder die alte traditionelle französische Revolutionärauffassung zum Durchbruch: alles komme darauf an, die Staatsordnung zu erobern; besäße man erst diese, ließen sich die üblen gesellschaftlichen Zustände ohne weiteres ändern. So heißt es denn im kommunistischen Manifest:

Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, das heißt des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst zu vermehren.

Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermitteltst despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinausstreben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.

Und weiterhin am Schlusse des zweiten Abschnitts:

Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegengesatzes, die Klassen überhaupt und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf.

Das scheint fast eine Umkehrung des obigen Satzes aus dem *Marg'schen »Glend der Philosophie«* zu sein. Dort erfolgt zunächst auf dem Wege der sozialen Evolution die Aufhebung der Klassenschichtung und dann hinterher, da damit die Basis der alten Staatsgewalt fällt, deren politische Eroberung. Im kommunistischen Manifest dagegen erfolgt zuerst die Eroberung der Staatsmacht, dann durch Anwendung dieser Macht der Umsturz der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, darauf durch deren Wegfall die Aufhebung des Klassengegengesatzes und damit schließlich auch die Beseitigung der Klassen.

Dennoch hatte, wie sich aus anderen Stellen des Manifests nachweisen läßt, *Marg* keineswegs seine frühere Auffassung einfach aufgegeben, aber,

wie Engels später (1895) in der Einleitung zum Wiederabdruck der Marxschen Aufsätze über die »Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850« offen zugestanden hat, glaubte damals Marx, die wirtschaftliche Entwicklung wie auch die Arbeiterschaft wären bereits reif für die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaftsordnung, und von dieser Selbsttäuschung aus sah er nicht nur die Möglichkeit für das Proletariat, durch eine Revolution sich dauernd in den Besitz der Staatsgewalt zu setzen, sondern auch einfach die »Staatsmaschine« dazu benutzen zu können, die bereits durch die Wirtschaftsentwicklung überholte kapitalistische Rechtsordnung zu beseitigen.

Sicherlich besteht also eine gewisse Ähnlichkeit zwischen der damaligen Marxschen und der heutigen bolschewistischen Auffassung über die Funktionen des Proletariats nach einer gelungenen Revolution; der Unterschied ist nur, daß der Bolschewismus unter »Proletariat« die bolschewistische Partei versteht, einen kleinen Bruchteil der russischen Gesamtbevölkerung, Marx hingegen das gesamte »zur Klasse vereinte« Proletariat, die ganzen unteren Bevölkerungsschichten. Lenin und seine Anhänger fassen die proletarische Diktatur als die Machtbehauptung einer kleinen politischen Minorität gegenüber einer Mehrheit, Marx und Engels hingegen als den Kampf einer übergroßen Mehrheit gegen die Machtbehauptung einer zwar an Zahl weit unterlegenen, aber dennoch infolge ihres Besitzes der Produktionsmittel das wirtschaftliche Leben beherrschenden Minderheit auf, wie es denn auch ganz unmißverständlich im Kommunistischen Manifest heißt: »Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrheit im Interesse der ungeheuren Mehrheit.« Bilden denn die Bolschewisten in Rußland die ungeheure Mehrheit?

Zudem aber haben später (1872) nach weiteren Revolutionserfahrungen Marx und Engels die vorstehenden Zitate aus dem Kommunistischen Manifest selbst dementiert. In ihrer neuen Vorrede zum Manifest heißt es:

Gegenüber der immensen Fortentwicklung der großen Industrie in den letzten fünfundzwanzig Jahren und der mit ihr fortschreitenden Parteiorganisation der Arbeiterklasse, gegenüber den praktischen Erfahrungen, zuerst der Februarrevolution und noch weit mehr der Pariser Kommune, wo das Proletariat zum ersten Male zwei Monate lang die politische Gewalt innehatte, ist heute dies Programm stellenweise veraltet. Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß »die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann«.

Die den Revolutionsjahren 1848 bis 1850 folgende Periode der revolutionären Abflauung sowie das Studium des politischen Lebens und des Wirtschaftsgetriebes Englands führte Marx wieder zu seiner früheren Auffassung des zwischen Staat und Gesellschaft bestehenden Abhängigkeitsverhältnisses zurück. Zwar die Idee, daß der Staat sich auflösen werde, wurde von Marx nicht fallengelassen; aber es tritt nun wieder die Auffassung hervor, diese Auflösung könne erst das Schlussergebnis eines langen sozialen Umwälzungsprozesses sein. Während er 1848 schon das kapitalistische Wirtschaftssystem für vernichtungsreif angesehen hatte, kommt er nun dazu, noch

einen kapitalistischen Aufstieg für möglich und wahrscheinlich zu halten, und schreibt am 8. Oktober 1858 (Briefwechsel, II, S. 292) an Engels:

Wir können es nicht leugnen, daß die bürgerliche Gesellschaft zum zweiten Male ihr sechzehntes Jahrhundert erlebt hat, ein sechzehntes Jahrhundert, von dem ich hoffe, daß es sie ebenso zu Grabe läutet wie das erste sie ins Leben pouffierte. Die eigentliche Aufgabe der bürgerlichen Gesellschaft ist die Herstellung des Weltmarkts, wenigstens seinen Umrissen nach, und einer auf seiner Basis ruhenden Produktion. Da die Welt rund ist, scheint dies mit der Kolonisation von Kalifornien und Australien und dem Aufschluß von China und Japan zum Abschluß gebracht. Die schwierige question (Frage) für uns ist die: Auf dem Kontinent ist die Revolution imminet und wird auch sofort einen sozialistischen Charakter annehmen. Wird sie in diesem kleinen Winkel nicht notwendig geerbt (erdrückt) werden, da auf viel größerem Terrain das movement (die Bewegung) der bürgerlichen Gesellschaft noch ascendant (im Aufsteigen) ist?

Es müssen also noch lange Wegstrecken bis zur Abschaffung des Staates zurückgelegt werden, und diese Abschaffung kann nur erfolgen, wenn vorher durch die Assoziation der Arbeiterklasse die ökonomische Herrschaft der Bourgeoisie gebrochen, das heißt die Lohnarbeit durch die »assoziierte« Arbeit überwunden worden ist. Ein Mittel dieser Überwindung fand Marx nun in dem Kooperationsystem, das in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine gewisse Bedeutung in England zu erlangen begann. Diese Kooperationsarbeit vermöge aber, meinte er, da die Bourgeoisie sich ihrer Ausbreitung entgegenstemme, nicht aus sich selbst die Bedeutung zu erlangen, die zur Beseitigung der Klassenherrschaft nötig sei. Deshalb müsse die Arbeiterklasse die politische Macht erobern, um den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen. Dementsprechend heißt es in der Einführungsadresse der Internationalen Arbeiterassoziation:

Um die arbeitenden Massen zu befreien, bedarf das Kooperationsystem der Entwicklung auf nationaler Stufenleiter und der Förderung durch nationale Mittel. Aber die Herren des Grund und Bodens wie die des Kapitals werden stets ihre politischen Privilegien zur Verteidigung und zur Verewigung ihres wirtschaftlichen Monopols benutzen. Statt die Befreiung der Arbeit zu fördern, werden sie fortfahren, ihr jedes mögliche Hindernis in den Weg zu legen. ... Politische Macht zu erobern, ist daher die große Pflicht der Arbeiterklasse.

Die Eroberung der politischen Gewalt durch die Arbeiterklasse hat also hier nicht den Zweck, alsbald Klassenherrschaft und Staat zu beseitigen: sie soll zunächst nur der Kooperationsarbeit zum Durchbruch verhelfen. Erst infolge der Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch das kooperative Assoziationsystem wird dann allmählich die Klassenschichtung verschwinden.

Doch auch diese Auffassung läßt Marx schon nach wenigen Jahren wieder fallen. Die schnelle Ausdehnung der sozialistischen Bewegung und die Erfahrungen der Pariser Kommune bestimmen ihn, die Abschaffung der Klassenherrschaft auf einem noch anderen Wege zu suchen. Die Umwälzung, meint er nun, werde derart vor sich gehen, daß die Arbeiterklasse sich zunächst der einzelnen Gemeinden bemächtigt und diese, wie er sagt, als Hebel benutzt, um »die ökonomischen Grundlagen umzustürzen, auf denen der Bestand der Klassen und damit der Klassenherrschaft ruht«. Diese sozialistischen Kommunen hätten sich dann wieder zusammenzutun, also Kommunalverbände zu bilden, die, indem sie der Staatsgewalt immer weitere wichtige Funk-

tionen abnähmen, deren Wirkungskreis einschränkten und so schließlich die Staatsmacht brächen.

Mary findet deshalb im Organisationsplan der Kommune einen passenden Hebel, um die »ökonomischen Grundlagen umzustürzen«, auf denen die Klassenherrschaft ruht. Während sich im Kommunistischen Manifest das Proletariat der Staatsgewalt bemächtigt, durch diese »alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates zentralisiert« und dadurch die sozialistische Gesellschaft herstellt, baut sich nach der Annahme der Generalratsadresse über die Pariser Kommune die neue Gesellschaft nicht auf der zentralisierten Staatsgewalt, sondern auf der Grundlage der sozialisierten Kommune auf und macht dadurch die Staatsgewalt überflüssig.

Im Kommunistischen Manifest wird also ein zentralisierter Staat als Fundament der neuen Gesellschaftsformation unterstellt, in der Generalratsadresse eine Föderation der Kommunen. Doch das ist nicht der Hauptunterschied. Dieser liegt darin, daß Marx im Kommunistischen Manifest der Diktaturgewalt der Arbeiterklasse ohne weiteres die Macht verleiht, durch gewaltsame Eingriffe in den Wirtschaftsmechanismus die ganze Produktionsweise umzugestalten. Nach der Generalratsadresse kann dagegen nicht einfach die Staatsmacht von der Arbeiterklasse übernommen und zum Zweck der Abschaffung der Klassen benutzt werden. Diese Abschaffung wird vielmehr erst nach Ablauf einer »ganzen Reihe von geschichtlichen Prozessen« möglich sein. Die Arbeiterklasse kann nicht einfach ihre sozialen Ideale verwirklichen; sie kann nicht durch Volksbeschlüsse kurzweg die Gesellschaftsform ändern, sondern nur der sich vollziehenden sozialen Umwälzung durch Hinwegräumen staatlicher Hindernisse den Weg freimachen. Wörtlich heißt es in der Generalratsadresse:

Sie (die Arbeiterklasse) hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschlüsse einzuführen. Sie weiß, daß, um ihre eigene Befreiung und mit ihr jene höhere Lebensform hervorzuarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigene ökonomische Entwicklung unwiderstehlich entgegenstrebt, daß sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoße der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben.

Zudem versteht Marx auch in der Generalratsadresse der Internationalen Arbeiterassoziation unter den Bezeichnungen »Herrschaft des Proletariats«, »Regierung der Arbeiterklasse« usw. stets die Herrschaft einer großen Mehrheit über eine Minderheit, die er als »aneignende Klasse« bezeichnet, und setzt als ganz selbstverständlich voraus, daß diese Herrschaft sich auf dem allgemeinen gleichen Stimmrecht aufbaut, wie er denn auch von der Kommune sagt: »Nichts konnte dem Geist der Kommune fremder sein, als das allgemeine Stimmrecht durch hierarchische Investitur zu ersetzen.«

So wenig denn auch Rautsky nach meiner Ansicht die Marx'sche Gesellschaftslehre und ihren Zusammenhang mit der Hegel'schen Gesellschaftsauffassung erfaßt hat, behält er doch mit der von ihm in seiner neuesten

Schrift »Die Diktatur des Proletariats« gegen Lenin verteidigten Meinung unzweifelhaft recht, daß Marx unter dem Ausdruck »Diktatur des Proletariats« niemals die Herrschaft einer Minoritätspartei unter Aufhebung der Demokratie verstanden hat. Und ebenso richtig ist Kautskys Folgerung: »Die Diktatur erweist sich nicht als ein Mittel einer sozialistischen Partei, die in einem Staate im Gegensatz zur Mehrheit des Volkes zur Herrschaft kommt, diese dort zu sichern, sondern nur als ein Mittel, sie vor Aufgaben zu stellen, die ihre Kräfte übersteigen, an deren Lösung sie sich erschöpft und aufreißt.«

Es ist deshalb schwer verständlich, daß ein Teil der deutschen sozialistischen Radikalen unter Berufung auf Marx die Leninsche Diktaturtheorie übernimmt und die Einberufung einer deutschen verfassungsgebenden Nationalversammlung ablehnt. Was unter den russischen sozialen und politischen Verhältnissen immerhin noch einen gewissen Sinn hat, wäre unter den gegebenen deutschen Verhältnissen völlig sinnlos. Der Verzicht auf den Zusammentritt eines aus dem allgemeinen, gleichen Stimmrecht hervorgegangenen deutschen Volksparlaments hieße nichts anderes als die Vasierung der neuen Regierungsgewalt und staatlichen Neuordnung auf einen bloßen Gewaltakt unter Nichtachtung des allgemeinen Volkswillens und dessen legaler Bekundung. Es hieße ferner, allen zukünftigen Maßnahmen der neuen Reichsregierung von vornherein jede verfassungsmäßige Rechtsgrundlage zu nehmen, die Volkssouveränität zu negieren und, da Widerstände der Entrechteten gegen solche Maßnahmen nicht ausbleiben würden, die neue Regierung geradezu zur Anwendung von Abschreckungsmitteln zu zwingen. Das Ergebnis könnte nichts anderes sein, als steigender Terrorismus. Es ist deshalb sehr erfreulich, daß sich die neuentstandenen Arbeiter- und Soldatenräte wie auch die neugebildeten provisorischen Regierungsausschüsse einer ganzen Reihe von Bundesstaaten bereits für die baldigste Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung ausgesprochen haben und nun auch die neue Reichsleitung sich offen zu dieser dringenden Forderung bekennt. Erst die konstituierende Nationalversammlung vermag der deutschen Republik die nötige freiheitliche Rechtsgrundlage zu geben und ihr zu allgemeiner Anerkennung und Sicherung zu verhelfen.

Kolonialpolitik und Arbeiterschaft.

Von H. Ründé.

Die neue Reichsregierung hat die harten Waffenstillstandsbestimmungen der Entente annehmen müssen. Bald werden Friedensverhandlungen folgen, bei denen die verbündeten Mächte kaum minder harte Forderungen stellen dürften. Eine der schwierigsten Aufgaben, die unsere Unterhändler am Konferenztisch haben werden, wird darin bestehen, von England und Frankreich die Rückgabe der deutsch-afrikanischen Kolonien zu erreichen. Wilsons Friedensprogramm stellt zwar keineswegs die Forderung eines Überganges des deutschen Kolonialbesitzes in englische Hände, trotzdem ist sicher, daß die englische Regierung sich aufs äußerste sträuben wird, Deutsch-Ostafrika und Südwestafrika herauszugeben, ist doch der englische Propagandafeldzug gegen die angeblichen deutschen Kolonialgräueltaten von ihr